

Marino Freistedt, Hamburg

1. Welche Gegebenheiten müssen erfüllt sein, um eine nachhaltige Aktivierung der Jugendlichen in politischen und gesellschaftlichen Dingen zu erreichen?

Sowohl der Geschichtsunterricht wie auch der gesellschaftswissenschaftliche Unterricht in den Fächern Erdkunde und Sozialkunde/Politikunterricht bzw. Arbeitslehre werden in den Stundentafeln der einzelnen Bundesländer insgesamt als weniger „lehr-reich“ in den Stundenplan aufgenommen bzw. präsentiert als der Fremdsprachen- oder der Mathematikunterricht. Damit sind eine aktivierende und die persönlichkeitsbildende Funktion dieser Fächer - schon aus unterrichtsökonomischen Gründen - auf ein Minimum beschränkt. Hinzu kommt, dass neben einer Institutionen- und Gesetzes- bzw. Verfassungskunde insbesondere aktuelle Fragen aufgegriffen werden sollten, die auch von den Lehrkräften besondere aktualisierbare Kenntnisse verlangen: Deutsche Außenpolitik am Hindukusch ebenso wie Fragen der wirtschaftlichen Globalisierung, lokale politische Ereignisse wie Stuttgart 21 oder Rauchverbot und Abschaffung der Wehrpflicht erfordern von dem Unterrichtenden aktuelles Wissen und intensive Vorbereitung. Dieses ist nicht immer – insbesondere wenn fachfremdes Lehrpersonal vertretungsweise diese Fächer unterrichten müssen – gewährleistet. Meines Erachtens nach ist ein durchgehender Geschichtsunterricht in den weiterführenden Schulen von Klasse 5 hin bis zum Mittleren Schulabschluss bzw. zum Abitur zwingend, der ab Klasse 7 ergänzt wird durch Themen der Arbeits- bzw. Berufslehre und noch vor dem Mittleren Abschluss über zwei Jahre den Politik- bzw. Sozialkundeunterricht – teilweise auch in Zusammenarbeit mit dem Fach Erdkunde – festschreibt.

Neben der Unterrichtspropädeutik ist aber auch der anschauliche Unterricht „vor Ort“ notwendig. Exkursionen erfordern immer wieder Stundenausfälle anderer Fächer, sie müssen aber sowohl im emotional-emphatischen Bereich wie auch im lerntheoretischen Bereich eine herausragende Funktion besitzen, um Interesse für politisches und gesellschaftliches Engagement zu wecken. Besuche von Stadtrats- und Kreistagssitzungen ebenso wie Landtage und Bundestag (auch Europaparlament) dürfen nicht an Organisations- oder Kostenfragen scheitern. Hier ist sicherlich auch das Engagement der Parlamentarier und der Parlamentsverwaltungen gefragt. Der Einsatz moderner Medien ermöglicht aber auch z.B. im Fremdsprachenunterricht die visuelle Teilnahme an Debatten z.B. des britischen Parlaments und der französischen Abgeordnetenkammer.

Nicht zuletzt ist auch der Jugend-/bzw. Schüleraustausch wichtig, der auch außerhalb der Schulzeit stattfinden kann und auf den in der Schule verstärkt hingewiesen werden sollte. Insbesondere junge Auszubildende und Mittelstufenschüler benötigen in der Regel finanzielle Unterstützung, die nicht nur aus staatlichen Mitteln, sondern auch aufgrund von Kooperationen der Schule mit Firmen privatwirtschaftlich aufgebracht werden.

2. Welche Entwicklung ist seit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ erfolgt, die eine Erreichung der unter Nummer 1 genannten Ziele befördert oder behindert hat?

Diese Frage setzt im konkreten eine genaue Kenntnis der rheinland-pfälzischen Situation im Bereich Jugendpolitik voraus. Als Aussenstehender werde ich deshalb nur kurz über vergleichbare Erfahrungen und Probleme berichten, die ggfs. ortstypisch sind und nicht verallgemeinert werden können.

Die Veränderungen in der Schul- und Arbeitswelt haben insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende eine neue Zeiteinteilung für die Freizeit mit sich gebracht. Tendenziell zeigt sich, dass politische Teilhabe, die im Rahmen z.B. der Schulzeit durchgeführt oder zumindest gefördert wird, auch längerfristig außerhalb der Schulzeit wirksam bleibt. Dies ist auf das motivierende Interesse zurückzuführen, das in der Schule geweckt oder gefördert wird und ggfs. auch durch kommentierende Bemerkungen im Zeugnis zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Die Lernorte Schule, verstärkt aber auch Jugendverband und jugendpolitische Organisationen haben im Sinne der Motivationsförderung zum gesellschaftlichen Engagement über ihren genuinen Auftrag hinaus selbstverständlich auch einen andersartigen Leistungskodex zu berücksichtigen. Das Engagement als Schülersprecherin oder Schülersprecher bzw. Klassensprecher/-in muss von der Schule gewürdigt werden. Fortbildungen müssen in diesem Bereich angeboten werden. Für die Betreuung von Jugendlichen in der Jugendverbandsarbeit muss die Schule Verständnis zeigen und dazu auffordern, aktiv sich für die Belange anderer Jugendlichen einzusetzen.

3. Welche Mittel sind geeignet, eine politische und gesellschaftliche Aktivierung von Jugendlichen zu fördern?

Eine aktivierende Rolle zur Interessensbekundung von Wahlkämpfen kann im schulischen Alltag gelingen, wenn Geschichts- oder/und Sozialkunde- bzw. Politikunterricht in Zeiten von Wahlen sowohl mediale wie auch personenorientierte Wahlbeobachtungen bzw. Wahldiskussionsrunden anbieten oder selber veranstalten. Dies kann im Rahmen des Unterrichts geschehen, indem Politiker eingeladen werden, dies kann als zusätzliches Angebot von Lehrkräften oder älteren Schülern bzw. Erziehungsberechtigten mit der Teilnahme an öffentlichen Wahlveranstaltungen geschehen. Dies muss selbstverständlich parteipolitisch neutral durchgeführt werden.

Die Internet-Präsenz der wahlkämpfenden Parteien ist ebenfalls als Unterrichtsgegenstand zu beachten.

Erfolgreich verliefen in Hamburg in den letzten Jahren sowohl bei der Bundestagswahl wie auch bei der Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl die Angebote der Bundeszentrale bzw. Landeszentrale für Politische Bildung mit dem „WAL-O-MAT“ und dem „WAHLBAROMETER“.

Im Stadtstaat Hamburg gibt es eine traditionsreiche „Schülerkammer“, die sich aus Vertretern der Bezirksschülervertretungen zusammensetzt und regelmäßig zusammentritt. Insbesondere in den letzten Jahren haben die Sprecher der Schülerkammer durch ihr Engagement in wesentlichen Fragen der Hamburger Schulpolitik allgemein beachtete Stellungnahmen verfasst. Auch ist der Sprecher der Schülerkammer beratendes Mitglied der „Schuldeputation“ und erhält noch zeitlich vor dem parlamentarischen Schulausschuss der Hamburger Bürgerschaft alle schulpolitischen Gesetzesinitiativen und Stellungnahmen der Behörde und der Parteien bzw. Fraktionen und kann dazu ein eigenes Votum fällen. Dieses Votum ist allerdings für die Schuldeputation nicht bindend.

Eine Verzahnung zwischen Schule und außerschulischen Aktivitäten stellen aber auch Veranstaltungen wie das „Model European Parliament“, das als Simulationsspiel Anregung für den Unterricht bietet, darüber hinaus aber auch für die Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen wertvolle Vorschläge und Initiativen liefern kann. Aus dem Teilnehmerkreis dieser oder ähnlicher Veranstaltungen (Young Leaders Academy, United Nations Model Parliament) kommen häufig Jugendliche hervor, die sich anschließend (kommunal-)politisch oder auch sozial engagieren.

4. Ist von einer Wahlalterssenkung eine Aktivierung von Jugendlichen zu erwarten?

Aus unterschiedlichen Gründen sind nur partielle demoskopisch relevante Aussagen zur Wahlalterssenkung bekannt. Eine Verallgemeinerung ist m.E. deshalb nicht zulässig, da das Wahlgeheimnis bei einer geringen Teilnahme von 16 – 18 Jährigen nur schwer zu wahren ist und die Möglichkeit nicht übersehen werden darf, dass ggfs. zu genaue Rückschlüsse auf einzelne Wahlbezirke mit einem entsprechendem Anteil von Jugendlichen gezogen werden könnten.

Die Gefahr, die Wahlalterssenkung aus populistischen Motiven zu fordern, wird eher unter- als überschätzt. Denn das Wahlalter ist nicht entscheidend für ein gesellschaftliches Engagement, sondern die Vorbereitung auf eine willentliche politische Individualentscheidung. Dies muss deutlich vor einer Wahl beginnen, um Jugendliche mit unbeeinflussten (oder gering beeinflussten) und kenntnisreichen Argumentationsprofilen an gesellschaftspolitische Fragen „heranzuführen“.

=====

Marino Freistedt, Oberschulrat im Kirchendienst, Katholisches Schulamt Hamburg
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (2004 – 2011),
Mitglied der CDU-Ratsfraktion der Stadt Aachen (1989 – 1997),
Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Aachen (1979 – 1989),
Mitglied des Stadtjugendringes Aachen (1973 – 1989)